Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 780**

18. Wahlperiode Eingang: 26.10.2026

Kleine Anfrage

der Abg. Uwe Freiherr von Wangenheim und Sandro Scheer AfD

Familientreffs in Gefahr – Kürzungen und Streichungen von Förderungen familienbezogener Einrichtungen im Landkreis Göppingen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, welche familienbezogenen Zentren, Vereine und Treffs innerhalb der letzten zwei Jahre im Landkreis Göppingen aufgrund von Förderungskürzungen oder Streichungen geschlossen wurden?

2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, welche familienbezogenen Zentren, Vereine und Treffs aktuell im Landkreis Göppingen aufgrund von Förderungskürzungen oder Streichungen von der Schließung bedroht sind oder ihr Angebot einschränken mussten?

3. Welche konkreten Landesfördermöglichkeiten bestehen für die betroffenen Einrichtungen, deren kommunale Zuschüsse gestrichen wurden?

4. Welche der in Frage Drei ermittelten Fördermöglichkeiten werden derzeit von den betroffenen Einrichtungen im Landkreis Göppingen beantragt oder bezogen (bitte auflisten nach Förderungssumme und Empfänger)

5. Welche Förderungssummen wurden über das Landesprogramm STÄRKE an welche familienbezogenen Einrichtungen in den letzten drei Jahren ausgezahlt (bitte auflisten nach Jahr, Förderungssumme, Förderempfänger)?

6. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Auswirkungen kommunaler Förderkürzungen auf die wohnortnahe Versorgung mit Familienbildungs- und Familienberatungsangeboten im Landkreis Göppingen vor?

19.10.2026

von Wangenheim, Scheer AfD

Begründung

Am 4. November 2025 hat die Liga der freien Wohlfahrtspflege in einer Pressemitteilung vor den Folgen der Sozialkürzungen im Landkreis Göppingen gewarnt. Am 19. Oktober 2026 berichtet die Filstalwelle in einem Online-Beitrag mit dem Titel „Ende des Jahres schließt der DRK-Familientreff in Deggingen.“ über die Schließung des Treffs. Damit stellt sich die Frage, inwieweit der Fortbestand der betroffenen Einrichtungen gesichert werden kann. Die Kleine Anfrage soll klären, welche familienbezogenen Einrichtungen von kommunalen Förderkürzungen betroffen oder in ihrer Existenz gefährdet sind, welche Auswirkungen dies auf die örtlichen Familienangebote hat und welche Unterstützungsmöglichkeiten seitens des Landes bestehen.